

Weniger, älter, bunter – aber nicht überall gleich

Zu den Herausforderungen des demographischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland und seinen regionalen Unterschieden

Von Dr. Margret Karsch, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland sinkt, das Durchschnittsalter der Deutschen steigt, und immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund prägen das Straßenbild. Die Erkenntnis, dass sich die Struktur der Bevölkerung stark verändert, hat längst die Studierzimmer der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen verlassen. Der Dreiklang „weniger, älter, bunter“ hat über die Medien eine breite Öffentlichkeit erreicht. Die Nachricht hat ihre gute und ihre schlechte Seite, und beide verdienen Aufmerksamkeit. Mehr noch: Die demographischen Entwicklungen verlangen – wie alle gesellschaftlichen Veränderungen – nicht nur Ideen und Konzepte, wie am besten damit umzugehen ist, sondern auch schnelles und zugleich weitsichtiges politisches Handeln. Denn die Beobachtungen verweisen sowohl auf Missstände und Mängel, die behoben, als auch auf Positives und Potenziale, die genutzt werden sollten.

Die Befunde fallen regional allerdings sehr verschieden aus. „Weniger, älter, bunter“ gilt zwar auf Bundesebene, nicht aber gleichermaßen auf Länder- oder Kreisebene. Kreise wie Hoyerswerda haben seit der Wende bis 2006 ein Drittel der Einwohner verloren, Erding bei München hat dagegen fast im gleichen Umfang zugelegt. Frauen im Kreis Fürstfeldbrück wurden sieben Jahre älter als im pfälzischen Pirmasens, Männer im Kreis Starnberg acht Jahre älter als im mecklenburgischen Demmin.¹ Hier stellen sich regional unterschiedliche Aufgaben. Entsprechend weichen auch die Lösungsansätze voneinander ab. Das Ziel, für alle Mitglieder der Gesellschaft eine möglichst hohe Lebensqualität und Zufriedenheit zu schaffen, kann nur in unterschiedlichen Ausprägungen erreicht werden. Nicht nur, weil die Wünsche der einzelnen Bürgerinnen und Bürger voneinander abweichen, sondern auch, weil jede Region ihre eigene Geschichte besitzt und ihre eigene Entwicklung vollzieht, die sich nicht immer über einen bundesrepublikanischen Kamm scheren lässt. Dennoch muss die Bundesrepublik die Grundversorgung gewährleisten.

¹ Vgl. Steffen Kröhnert / Franziska Medicus / Reiner Klingholz: Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. 3. Aufl., München 2007 (2006). S. 9.

Worauf fußt also der Dreiklang „Weniger, älter, bunter“, der so oft zur Zusammenfassung des demographischen Wandels angeführt wird? Welche demographischen Entwicklungen verbergen sich auf regionaler Ebene dahinter? Und welche politischen Ansätze könnten dazu dienen, die jeweiligen damit verbundenen Schwierigkeiten zu bewältigen und die Chancen zu nutzen?

Weniger potenzielle Eltern, weniger Kinder

Noch bis vor wenigen Jahren ist die Einwohnerzahl Deutschlands stetig gewachsen.² 2003 lebten hierzulande rund 82,4 Millionen Menschen. Doch seitdem ist die Zahl gesunken, bis Ende 2007 auf rund 82,2 Millionen Menschen. Die offiziellen Prognosen gehen von einem weiteren Schrumpfen der Bevölkerung aus, das sich durch den Rückgang der Zahl potenzieller Eltern noch beschleunigen wird. Die mittlere Variante der 11. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland im Jahr 2050 rund 13,6 Millionen Menschen weniger leben werden als im Basisjahr 2006. Dieser Prognose liegen die Annahmen einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,4 je Frau, einer weiter wachsenden Lebenserwartung sowie eines jährlichen positiven Wanderungssaldos von 100.000 zugrunde. Die für die Berechnung verwendete durchschnittliche Kinderzahl je Frau („total fertility rate“, kurz: TFR) gibt an, wie viele Kinder jede Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn die Fruchtbarkeit der Frauen aller Altersgruppen auf dem Stand des Jahres der Betrachtung bliebe. Damit eine Bevölkerung gleich groß bleibt, muss – ohne Zu- und Abwanderung, bei gleich bleibender Lebenserwartung – die TFR auf dem „Ersatzniveau“ von 2,13 liegen (nicht nur bei genau zwei Kindern, weil nicht alle, die geboren werden, das zeugungsfähige Alter erreichen).

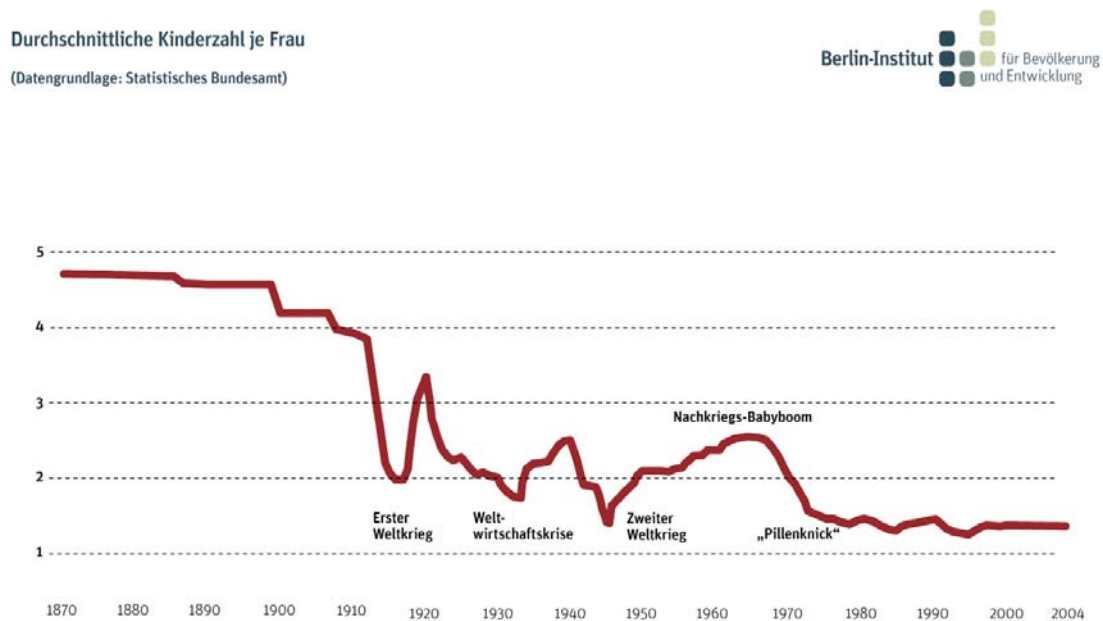
Betrachtet man zunächst nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung, also die Zahl der Geburten und Todesfälle, so ist der Rückgang der Bevölkerung auf die sinkenden Geburtenzahlen zurückzuführen. Im Vergleich zu den 1960er und 1970er Jahren liegen diese auf einem sehr niedrigen Niveau: 1960 wurden rund 1.261.600 Kinder geboren, 2007 waren es nur rund 684.900. Diese Zahl entspricht zwar erstmals seit 1997 wieder einem sehr leichten Anstieg der Neugeborenenzahl um 12.000 gegenüber dem Vorjahr, sollte aber nicht überbewertet werden. Eine Trendwende ist nicht zu erwarten, denn die Zahl der potenziellen Mütter, also von Frauen im fertilen Alter (dazu zählt die Statistik alle 15- bis 44-Jährigen), erreicht nicht

² Die Zahlen zur Bevölkerung in diesem Beitrag stammen alle, soweit nicht anders angegeben, aus der GENESIS-Online Datenbank des Statistischen Bundesamts Deutschland, vgl. <http://www.destatis.de> (abgerufen am 10.07.2009).

das Niveau der 1960er und 1970er Jahre. Ausgeglichen werden könnte dies durch eine höhere Kinderzahl je Frau – die liegt jedoch seit 35 Jahren nahezu konstant niedrig.

Ursache für den damaligen Geburtenrückgang war vor allem ein Wertewandel – hin zu größerer individueller Freiheit und Selbstbestimmung, insbesondere in der Sexualität. Bereits vorher hatte es Phasen sinkender Kinderzahlen gegeben, so gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als zum einen die Kindersterblichkeit sank und somit weniger Geburten zu derselben Kinderzahl führten, und zum anderen mit der Industrialisierung die Unterscheidung von Arbeit im privaten und im öffentlichen Raum sowie der Ausbau der Sozialversicherungssysteme Kinder weniger ökonomisch betrachtet wurden, weil sie nicht mehr in demselben Maße als Arbeitskräfte im Haushalt und Alterssicherung fungierten. Die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise 1930 ließen die Kinderzahlen ebenfalls einbrechen. Der europaweite kulturelle Wandel in den 1960er und 1970er Jahren wiederum hat sich in den Geburtenzahlen als „Pillenknick“ zwischen 1964 und 1974 niedergeschlagen.

Abbildung 1: Bewegte Vergangenheit



Kriegsjahre und Wirtschaftskrisen haben die Kinderzahlen in Deutschland lange stark schwanken lassen. Stabil sind sie erst seit dem „Pillenknick“ in den 1970er Jahren – allerdings auf sehr niedrigem Niveau. Mit etwas weniger als 1,4 Kindern je Frau bekommen Deutschlands Eltern im Schnitt deutlich weniger Nachwuchs, als für eine stabile Bevölkerungszahl nötig wäre. Die Kurve zeigt den Verlauf für Gesamtdeutschland. Während der deutschen Teilung lag die Kinderzahl im Osten höher als im Westen.³

Auf regionaler Ebene bestehen jedoch durchaus noch Unterschiede, insbesondere zwischen ländlichen Räumen und Städten: Die Landkreise Vechta und Cloppenburg verzeichnen einen kontinuierlichen Geburtenüberschuss. Zwischen 1989 und 1999 stiegen die Geburtenzahlen sogar. Das erklärt sich neben traditionell hohen Kinderzahlen vor Ort aus dem großen Zustrom von Spätaussiedlern, die in Niedersachsen überproportional in diesen beiden Kreisen leben und überdurchschnittlich viele Kinder bekommen haben. Im Landkreis Vechta lag die durch-

³ Grafik vgl. Sabine Sütterlin / Iris Hoßmann: Ungewollt kinderlos. Was kann die moderne Medizin gegen den Kindermangel in Deutschland tun? Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2007. S. 6.

schnittliche Kinderzahl je Frau 2007 bei 1,57, in Cloppenburg bei 1,74 – das ist bundesweiter Rekord.⁴

Bis zur Wiedervereinigung lag in Ostdeutschland die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau über der im Westen. Der Systemwechsel ließ die Zahl der Kinder im Osten jedoch sinken, 1994 erreichte sie mit durchschnittlich 0,77 Kindern je Frau den niedrigsten jemals in Deutschland verzeichneten Wert. Dann stieg die Kinderzahl im Osten wieder an, während sie im Westen langsam sank. Betrachtet man die Daten von 2007 für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands, so ist hinsichtlich der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau die jahrzehntelange Teilung des Landes nicht mehr erkennbar: In vielen westdeutschen Landkreisen haben sich die Kinderzahlen dem Durchschnitt angepasst oder liegen darunter, die meisten ostdeutschen Landkreise haben aufgeholt. Dass die Kinderzahlen sich zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost und West angleichen, deutet jedoch insgesamt darauf hin, dass die bessere Bildung der Frauen und ihre gewachsene Erwerbstätigkeit zunehmend die Vorstellungen von Familie verändern.⁵

Allerdings sind die Mütter im Westen oft älter als im Osten. Die Geburten von Teenager-Müttern etwa haben im Osten seit der Wende zugenommen, ihr Anteil liegt um die sechs Prozent. In einigen wirtschaftlichen Problemgebieten Westdeutschlands ist der Anteil ähnlich hoch, im bundesdeutschen Durchschnitt dagegen beträgt er nur drei Prozent. Die Zahl der Frauen, die im Alter zwischen 35 und 39 Jahren Mütter werden, liegt dagegen im Westen erheblich höher als im Osten. Vor allem Großstädte und wohlhabende Regionen, in denen der Bildungsgrad der Frauen hoch ist, liegen hier an der Spitze – in Hamburg und München hat mehr als ein Fünftel der Neugeborenen eine Mutter, die älter als 34 Jahre ist. Auch in Potsdam, Dresden und Berlin ist dieser Trend erkennbar. Im bayerischen Starnberg wird bereits jedes dritte Kind von einer Mitt- oder Enddreißigerin geboren, in Frankfurt/Oder dagegen nur jedes elfte Kind.⁶

⁴ Vgl. Marie-Luise Glander / Iris Hoßmann: Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demographischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009. S. 7.

⁵ Steffen Kröhnert / Iris Hoßmann / Reiner Klingholz: Kleine Erfolge. Auch wenn es in Deutschland 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009. S. 4ff.

⁶ Vgl. Steffen Kröhnert / Iris Hoßmann / Reiner Klingholz: Kleine Erfolge. A.a.O., S. 10ff.

Die Kinderzahl entspricht nicht in jedem Fall der Wunschkinderzahl von Frauen und Männern, und Kinderlosigkeit ist nicht immer Folge einer bewussten Entscheidung.⁷ Abgesehen von medizinischen Ursachen spielen auch verschiedene Faktoren der persönlichen Situation eine Rolle – und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zu denen auch der Stellenwert von Kindern gehört. Frauen, die in Großstädten leben, bleiben häufiger kinderlos als ihre Geschlechtsgenossinnen auf dem Land, in den Stadtstaaten, allen voran Hamburg, ist die Kinderlosigkeit am höchsten. In Westdeutschland ist außerdem die Kinderlosigkeit umso häufiger, je höher der Bildungsstand der Frauen ist. Laut Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung, lag der Anteil der Frauen ohne Kinder in Gesamtdeutschland im Jahr 2008 bei den 40- bis 44-Jährigen (Geburtsjahrgänge 1964 bis 1968) bei 21 Prozent, bei den 50- bis 54-Jährigen (Geburtsjahrgänge 1954 bis 1958) bei 16 Prozent und bei den 60- bis 64-Jährigen (Geburtsjahrgänge 1944 bis 1948) bei zwölf Prozent. In der ehemaligen DDR war Kinderlosigkeit selten, aber bei den Jahrgängen ab 1960 steigt sie. Bei dem Geburtsjahrgang 1965 liegt die Kinderlosigkeit im alten Bundesgebiet um die 25 Prozent, in den neuen Bundesländern um die zwölf Prozent. Migrantinnen sind seltener kinderlos und haben auch häufiger mehr Kinder: Jede fünfte Zuwanderin der Jahrgänge 1964 bis 1973 hat drei Kinder, unter den in Deutschland geborenen Frauen derselben Altersgruppe trifft das nur auf jede achte zu.

Beim Kinderwunsch bestehen zwischen Ost und West kaum Unterschiede. Er ist im Osten bei Frauen etwas höher als im Westen (1,78 gegenüber 1,73) und bei Männern etwas niedriger (1,46 gegenüber 1,59). Der Kinderwunsch ist im internationalen Vergleich in Deutschland eher gering ausgeprägt, aber der Population Policy Acceptance Study zufolge wollten 2003 rund 80 Prozent der Befragten zwischen 20 und 38 Jahren Kinder oder lebten bereits mit ihnen zusammen.⁸ Dass Wunsch und Wirklichkeit beim Kinderwunsch auseinanderklaffen, ist jedoch nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb der gesamten Europäischen Union ein verbreitetes Phänomen. Besonders groß ist der Anteil kinderloser Frauen im Alter zwischen 25 und 39 Jahren, die gerne ein Kind hätten, in Italien, Griechenland und Kroatien.⁹

Hier liegt der Spielraum, den die Politik nutzen kann, wenn sie ihre Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen will, Familien zu gründen. Dazu gehört insbesondere die Vereinbarkeit von

⁷ Vgl. Sabine Sütterlin / Iris Hoßmann: Ungewollt kinderlos. A.a.O., S. 12ff.

⁸ Vgl. Charlotte Höhn / Dragana Avramov / Irena Kotowka (Hg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study. European Studies of Population, Bd. 16/1 u. 2 Population Policy Acceptance Study. Berlin 2008.

⁹ Vgl. Steffen Kröhnert / Iris Hoßmann / Reiner Klingholz et al.: Die demographische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. München 2008. S. 239.

Beruf und Familie, denn mit der gewachsenen Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie unter dem steigenden wirtschaftlichen Druck ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen zunehmend selbstverständlich geworden. Der Ausbau der Krippenplätze reicht dazu allerdings nicht aus, schon gar nicht, wenn die Bundesregierung ihn so wenig ehrgeizig betreibt und lediglich ein Ziel von Plätzen für ein Drittel der Kinder bis 2013 anstrebt. Steuer- und Rentensystem müssen an dem Leitbild einer modernen Familie ausgerichtet werden und diese unterstützen. Das wiederum setzt den Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und die Auseinandersetzung mit Rollenbildern voraus.

Weniger Zuwanderer, mehr Menschen mit Migrationshintergrund

Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger eines Landes wird jedoch nicht nur von den Geburten und Todesfällen bestimmt, sondern auch von der Zuwanderung aus dem Ausland – und die nimmt ab. In der Vergangenheit gab es mehr Zuzüge als Abwanderung, seit der ersten Hälfte der 1990er sind die Wanderungsgewinne jedoch zurückgegangen. Seit den 1970ern verzeichnet die Statistik jährlich mehr Gestorbene als Lebendgeborene, und seit 2003 wird diese negative natürliche Bevölkerungsbilanz nicht mehr durch einen Zuwanderungsüberschuss ausgeglichen.¹⁰

In Deutschland leben rund 7,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von etwa 8,8 Prozent. Die Anteile schwanken jedoch stark nach Bundesland: Der höchste Anteil findet sich in Hamburg mit 14,3 Prozent, der niedrigste in Sachsen-Anhalt mit 1,9 Prozent. Aktuell finden intensive Diskussionen über die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund statt: 2006 zählten in Deutschland 15,1 Millionen Personen zu dieser Gruppe, das sind etwa 18,4 Prozent der Bevölkerung.

Diese leben allerdings ebenso wie die Ausländer nicht gleichmäßig über ganz Deutschland verteilt, wie eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung gezeigt hat: Hamburg und Baden-Württemberg weisen mit jeweils rund einem Viertel der Bevölkerung den größten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund auf. In Westdeutschland ist Schleswig-Holstein mit zwölf Prozent die Region mit den wenigsten Menschen mit Migrationshintergrund, in den neuen Bundesländern sind es sogar nur fünf Prozent – wegen der geringen

¹⁰ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: 1973 bis 2008. 35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BiB. Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht. Berlin 2009.

Zahl und der sehr ähnlichen Zuwanderungsgeschichte betrachtet diese Untersuchung Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen gemeinsam.¹¹

Die Verteilung hängt eng mit verschiedenen Migrationswellen zusammen. Mit Ausnahme von Berlin und Hamburg bilden Aussiedler in allen Bundesländern den größten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund, in den beiden Stadtstaaten sind es Menschen türkischer Abstammung. Aussiedler und Menschen türkischer Abstammung stellen zusammen in manchen Bundesländern mehr als 40 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund – erstere leben häufiger auf dem Land und in kleineren Städten, letztere bilden in der Mehrzahl der Städte die größte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. Das Saarland zog in den Nachkriegsjahrzehnten die meisten Gastarbeiter an, sie kamen aus Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, um in der Schwerindustrie zu arbeiten. In Baden-Württemberg stellen Menschen mit kulturellen Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien zehn, in Bayern elf Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund. Migranten aus dem Fernen Osten und ihre Kinder leben besonders häufig in Hamburg und in den neuen Bundesländern – in beiden Regionen stellen sie zehn Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund. In Hamburg ist vermutlich der Überseehafen dafür ausschlaggebend, und die ehemalige DDR hatte Vietnamesen als Arbeitskräfte ins Land geholt – und viele von ihnen sind geblieben.

Wieso ist es überhaupt sinnvoll, Menschen mit Migrationshintergrund als Gruppe zu betrachten – und wer soll über wie viele Generationen hinweg dazu gezählt werden, bis er oder sie als Deutsche oder Deutscher gilt? Auch hierüber streitet die Öffentlichkeit. Die Zahlen der OECD belegen jedoch zweifelsfrei, dass vom Migrationshintergrund zumindest hierzulande viel abhängt und die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund aussagekräftiger ist als allein die Zahl der Ausländer, denn beide Gruppen müssen in ihrem Leben Elemente verschiedener Kulturen vereinbaren. Der soziale Hintergrund ist in Deutschland mehr als in den meisten anderen OECD-Staaten immer noch entscheidend für den Bildungsweg.¹² Der Bildungsgrad wiederum gehört zu den Faktoren, die die Integration in die Gesellschaft stark beeinflussen. Ein Blick auf die kulturellen Hintergründe kann dabei helfen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Zusammenleben aller zu verbessern. Zudem muss die Aufnahmegesellschaft sich besser über ausländi-

¹¹ Vgl. Franziska Woellert / Steffen Kröhnert / Lilli Sippel / Reiner Klingholz: Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009. S. 56ff.

¹² Vgl. www.oecd.org sowie Steffen Kröhnert / Iris Hoßmann / Reiner Klingholz et al.: Die demographische Zukunft von Europa. A.a.O., S. 193.

sche Abschlüsse informieren und sie anerkennen, denn selbst Hochqualifizierte stolpern in Deutschland über diese Integrationshürde.

Neben der Zuwanderung von außen beeinflusst die Mobilität der Deutschen den Wanderungssaldo. Sie ist in den vergangenen 30 Jahren gestiegen: Die Zahl der deutschen Auswanderer hat sich in absoluten Zahlen gegenüber 1970 auf fast das Dreifache erhöht. Im internationalen Vergleich ist sie allerdings immer noch gering. Zudem ist Auswanderung ein westdeutsches Phänomen, und seit Anfang der 1990er sind es vor allem junge, ledige Männer, die das Land verlassen. Der Anteil Hochqualifizierter unter ihnen liegt höher als in der nicht mobilen Bevölkerung. Das hat Folgen: Der jetzt schon spürbare Fachkräftemangel wird sich noch verschärfen, wenn Deutschland nicht seine Zuwanderungsgesetze verbessert und Zuwanderung erleichtert und fördert sowie alle Menschen, die hierzulande leben, besser integriert.

Weniger Kinder + höhere Lebenserwartung = steigendes Durchschnittsalter

Die Bevölkerung altert seit über 100 Jahren. Das Durchschnittsalter der Deutschen liegt bei 42 Jahren – zum Vergleich: In Indien liegt es bei 24 Jahren. Die Ursachen der demographischen Alterung in der Bundesrepublik liegen in der steigenden Lebenserwartung, den niedrigeren Kinderzahlen – und in den letzten Jahren kamen noch rückläufige Wanderungsgewinne hinzu.

2007 betrug die Lebenserwartung für neugeborene Jungen 76,9 Jahre, für neugeborene Mädchen 82,2 Jahre. Die Unterschiede sind nicht nur biologisch bedingt, sondern auch vom Lebensstil abhängig. Rauchen, Alkoholkonsum und sportliche Betätigung sind starke Einflussfaktoren. Seit den 1970er Jahren lassen sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland beobachten: 1990 lag die Lebenserwartung der Frauen im Westen 2,3 Jahre höher als im Osten, die der Männer im Westen lag 3,3 Jahre über der im Osten. Aber der Osten hat aufgeholt: Bei den Frauen ist die Differenz mit 0,3 Jahren nur noch sehr gering, und auch bei den Männern ist der Abstand geschrumpft – auf 1,3 Jahre. Die Ursachen hierfür liegen in der verbesserten medizinischen Versorgung und den besseren Einkommensverhältnissen nach der Wende. Eine Annäherung gab es auch bei den alten und sehr alten Menschen.¹³

Allerdings bestehen auch innerhalb von Ost- und Westdeutschland Unterschiede, und zwar findet sich im Westen wie im Osten ein Nord-Süd-Gefälle – 2004 in Baden-Württemberg geborene Mädchen können damit rechnen, 82,6 Jahre alt zu werden. Jungen können sich auf ein

¹³ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: 1973 bis 2008. A.a.O..

Alter von 77,4 Jahren einstellen. Damit haben Mädchen hier eine um 12 Monate, Jungen sogar eine um 18 Monate höhere Lebenserwartung als der Bundesdurchschnitt.¹⁴ Das Saarland verzeichnete laut Sterbetafel 2002/2004 die niedrigste Lebenserwartung für Mädchen, Bremen für Jungen.¹⁵ Sachsen ist der östliche Spitzenreiter bei der Lebenserwartung beider Geschlechter, vor allem der Raum Dresden schneidet gut ab.

Die wachsende Zahl Hochbetagter, die an sich erfreulich ist, bedeutet aber auch einen Anstieg der chronischen und psychischen Leiden, insbesondere der Demenzfälle. Die Pflegebedürftigkeit nimmt im Alter entsprechend zu: Zwischen 70 und 80 Jahren sind nur rund zehn Prozent pflegebedürftig, danach steigt die Pflegequote steil an – bis 2030 wird es bei konstanten altersspezifischen Pflegequoten mehr als drei Millionen Pflegebedürftige geben. Der Anteil wächst also von heute rund 2,6 auf etwa vier Prozent. Bei der Pflege bestehen große Unterschiede zwischen den Geschlechtern, weil Frauen im Alter häufiger allein leben und Männer von ihren Partnerinnen betreut werden: Etwa 60 Prozent der 90-Jährigen sind pflegebedürftig, bei den Frauen rund 75, bei den Männern 40 Prozent.¹⁶

¹⁴ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Regionale Alterung in Deutschland. Demographische Trends und Entwicklungen in den Bundesländern im Zeitraum 1991 bis 2004. Wiesbaden 2007. S. 16.

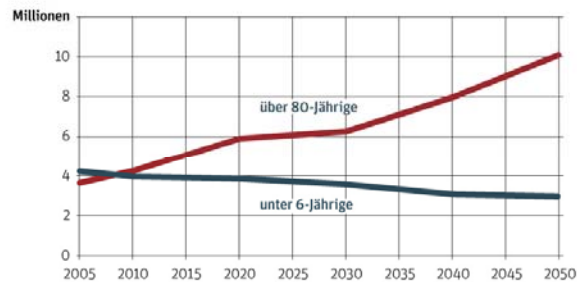
¹⁵ Ebd., S. 17.

¹⁶ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: 1973 bis 2008. A.a.O..

Abbildung 2: Wenige Babys, viele Ältere

Entwicklung der Zahl unter 6- und über 80-jähriger Einwohner

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Während die Schar der Kleinen wegen niedriger Kinderzahlen und schwindender Elternjahrgänge auf absehbare Zeit zurückgehen wird, verzweieinhalbfacht sich vermutlich die Zahl der sogenannten Hochaltrigen. Im Jahr 2050 dürfte jeder achte in Deutschland lebende Mensch über 80 Jahre alt sein.¹⁷

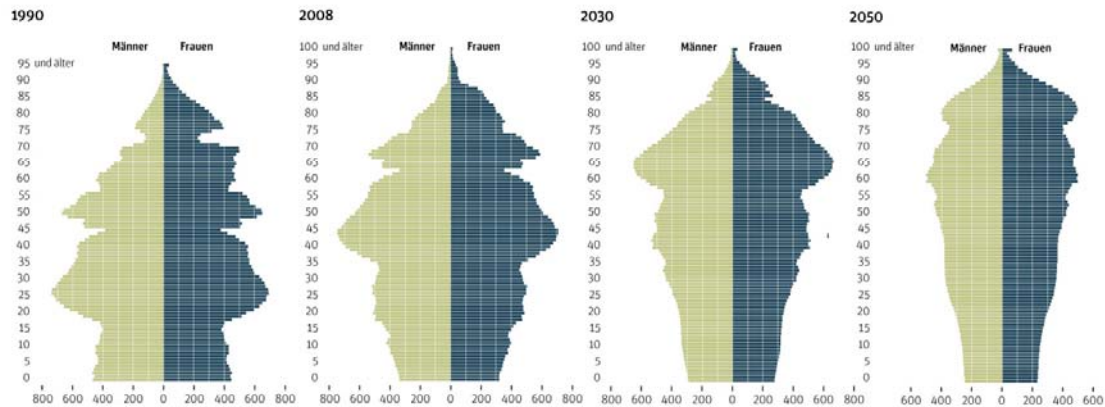
Diese demographischen Trends werden sich fortsetzen und um das Jahr 2035 herum ihren Höhepunkt erreichen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er und 1970er Jahre das Rentenalter erreichen.

¹⁷ Grafik vgl. Sabine Sütterlin / Iris Hoßmann: Ungewollt kinderlos. A.a.O., S. 9.

Abbildung 3: Aus der Pyramide wird ein Pilz

Altersaufbau der Bevölkerung, Männer und Frauen im jeweiligen Altersjahr in Tausend in den Jahren 1990, 2008, 2030 und 2050

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W1)



Die Generation der in den 1960er Jahren geborenen Babyboomer bildet heute die stärksten Altersjahrgänge. Da seit 1970 mit jeder Generation etwa ein Drittel weniger Kinder heranwachsen, als Eltern da sind, verwandelt sich die Bevölkerungspyramide in einen Pilz – scharfe Zungen sagen: in eine Urne.¹⁸

Die Altersstruktur in der heutigen Form lässt noch verschiedene tiefe Einschnitte und Ausbuchtungen erkennen: die Geburtentiefs nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und die Kriegstoten, den Babyboom, den Geburtenrückgang in den Jahren 1965 bis 1975, das Geburtentief in den neuen Ländern. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und im Zweiten Weltkrieg mehr Männer umgekommen sind, trifft die demographische Alterung Frauen stärker als Männer. Im Jahr 2050 wird entsprechend den Prognosen zufolge die Bevölkerungspyramide schon beinahe auf dem Kopf stehen – und eine Schlagseite aufweisen.

Das System der Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung muss sich also auf höhere Kosten bei sinkenden Einnahmen einstellen. Reformen im Gesundheitssystem müssen der gesellschaftlichen Alterung und den sich wandelnden Bedürfnissen Rechnung tragen – insbesondere im

¹⁸ Grafik vgl. Ylva Köhncke: Alt und behindert. Wie sich der demographische Wandel auf das Leben von Menschen mit Behinderung auswirkt. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009. S. 11.

Hinblick auf die steigende Zahl von Demenzerkrankungen. Hinzu kommt, dass die unbezahlte Arbeit, die momentan noch vor allem Frauen bei Pflege und Betreuung von Kindern und Alten leisten, ökonomisch oder in anderer Form kompensiert werden muss – und einen Rahmen braucht, der sicherstellt, dass die Bedürfnisse nach Nähe und Kommunikation nicht dem wirtschaftlichen Druck weichen müssen.

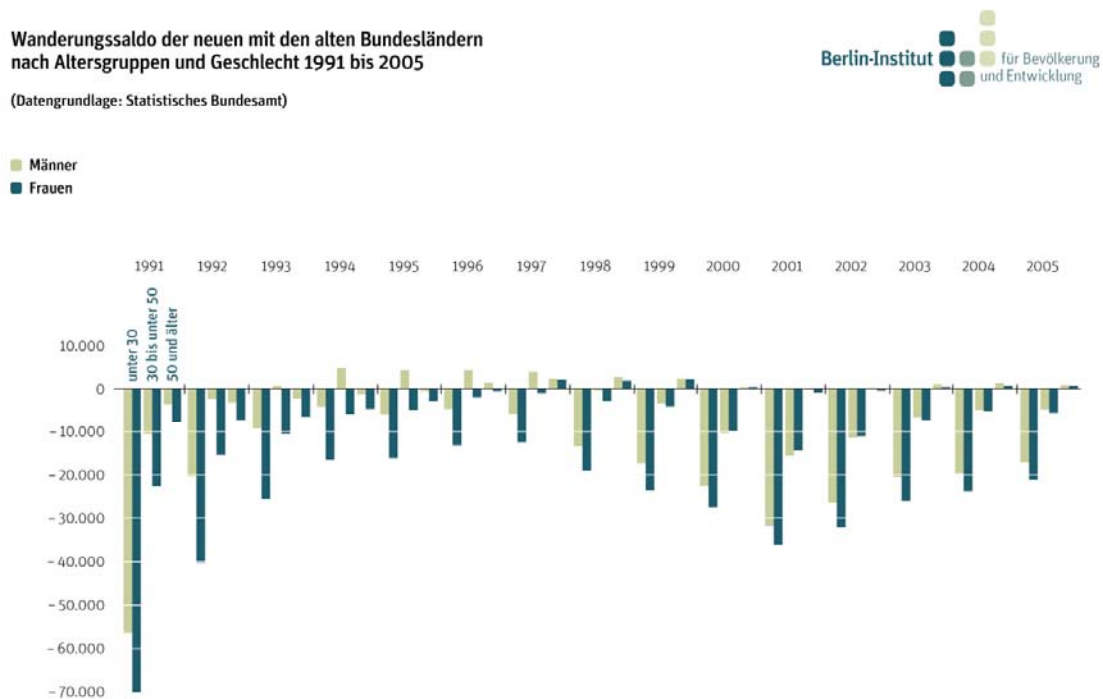
Einflussfaktor Binnenwanderung: Trends

Die regionale Altersstruktur hängt jedoch nicht nur von den Neugeborenenzahlen oder der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau, der Sterberate, der Lebenserwartung oder der Zuwanderung aus dem Ausland ab, sondern auch von der Binnenwanderung. Innerhalb Deutschlands lassen sich unterschiedliche Wandertrends ausmachen, unter denen drei dominieren: Ost-West-Wanderungen, Suburbanisierung von den Städten ins Umland und Nord-Süd-Wanderungen. Die alten Bundesländer verzeichnen Bevölkerungsgewinne, die neuen -verluste. Zielgebiet ist vor allem der Süden des Landes: Bayern verzeichnete 1991 bis 2006 netto 595.000 Zuzüge, Rheinland Pfalz 225.000, Baden-Württemberg 208.000. 1990 bis 2006 zogen aus Ostdeutschland (ohne Berlin) 2,8 Millionen Menschen weg, in die umgekehrte Richtung strebten nur 1,5 Millionen. Entsprechend leben in den alten Bundesländern gegenwärtig 65,7 Millionen Menschen, in den neuen 13,1 Millionen (beide ohne Berlin) und in Berlin 3,4 Millionen. In den alten Bundesländern ist die Zahl der Bevölkerung bis 2005 gestiegen, seitdem geht sie leicht zurück, und in den neuen Bundesländern ist sowohl die natürliche Bevölkerungsentwicklung als auch die Wanderungsbilanz negativ.

Die Abwanderung aus dem Osten konzentrierte sich in den letzten Jahren regional auf ländliche und strukturschwache Regionen. Es zogen mehr Frauen als Männer fort, mehrheitlich aus den jüngeren Altersgruppen und mit den besseren Abschlüssen als die Zurückbleibenden. Vor allem die Aussicht auf einen Job und Ausbildungsplatz war entscheidend für den Wegzug. Diese Entwicklung ist in vielen peripheren Regionen Europas zu beobachten, aber der größte Frauenmangel ist in den neuen Bundesländern zu finden – wo dann wiederum die potenziellen Mütter fehlen.¹⁹

¹⁹ Vgl. Steffen Kröhnert / Reiner Klingholz: Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2007. S. 39.

Abbildung 4: Mehr Frauen wandern ab



Durch den Fortzug vor allem junger Frauen hat sich das zahlenmäßige Geschlechterverhältnis in den neuen Bundesländern seit dem Fall der Mauer stark verändert. Seit 1991 verlassen deutlich mehr unter 30-jährige Frauen die neuen Bundesländer Richtung Westen. Unter allen Menschen, die seit 1991 die neuen Bundesländer verlassen, waren fast zwei Drittel Frauen. Weil jedoch 1989 und 1990 noch deutlich mehr Männer als Frauen in den Westen zogen, liegt der Frauenanteil an allen seit dem Mauerfall abgewanderten Personen lediglich bei 55 Prozent.²⁰

Bürgerliches Engagement als Ressource

In Ostdeutschland beschleunigt sich durch Abwanderung die demographische Alterung, vor allem in den Randregionen. Die öffentlichen Haushalte sind stark altersstrukturabhängig, sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur führen in den zunehmend bevölkerungsarmen Gebieten beispielsweise zu sinkenden Steuereinnahmen. Das wirkt sich auf das Versorgungsangebot aus, etwa auf die Infrastruktur im Verkehrs- oder Gesundheitsbereich. Ländliche Kreise und dünn besiedelte Regionen haben höhere Pro-Kopf-Ausgaben zur Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur als Kreise mit

²⁰ Grafik vgl. ebd.

höherer Verdichtung. Solche Regionen finden sich gegenwärtig vor allem in den neuen Bundesländern, zukünftig aber auch in den alten. Und es ist nicht abzusehen, dass sich bald wieder ein gemischter Altersaufbau entwickelt – so wünschenswert das auch wäre.

Da die öffentliche Hand Aufgaben, die sie bisher übernommen hat, nicht mehr bezahlen kann, ist die Grundversorgung heute zunehmend gefährdet. Das lässt die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements wachsen. In alternden und schrumpfenden Regionen können freiwillige Leistungen lokale Versorgungsstrukturen stützen: Wenn keine Busse mehr fahren, bilden Nachbarn Fahrgemeinschaften, um sich Kosten und Aufwand zu teilen – etwa wenn sie die Kinder zum Judotraining in die nächstgelegene Stadt bringen, einen Arzttermin haben oder einkaufen wollen.

Politische Aufgaben

Die Grundversorgung darf jedoch nicht von Einzelnen abhängen, das macht sie zu fragil und birgt die Gefahr, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger davon erreicht werden. Die Kommunalpolitik muss hier Verantwortung übernehmen, denn die Grundversorgung muss vom Staat sichergestellt werden. Da Alterung und Schrumpfen im Osten der Bundesrepublik unabwendbare Entwicklungen sind, ist es nötig, dass die Politik die Entwicklungen abfedert und zukunftsfähige Strategien entwickelt, um sich an die Veränderungen anzupassen.

Allein über einen Finanzausgleich lassen sich die Aufgaben nicht nachhaltig lösen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben. Um nicht nur die Symptome zu bekämpfen, etwa durch Verkleinerung der Strukturen oder gar den Wettstreit mit anderen Kommunen um Einwohner, braucht es ein radikales Umdenken, das sich an den notwendigen Dienstleistungen orientiert. Dazu gehören etwa die Garantie der Mobilität und gesundheitlicher Versorgung. Das wiederum erfordert raumordnerische Handlungsstrategien: In ländlichen Regionen um Mittel- und Kleinstädte muss die Verdichtung verstärkt werden, es braucht zentrale Orte, die Bildung, Gesundheit, den Öffentlichen Personennahverkehr sowie eine Ver- und Entsorgungsinfrastruktur bereitstellen.²¹ Um einen solchen integrierten Ansatz umzusetzen, müssen Anreize für Kooperationen geschaffen werden – und bei Kooperationsverweigerung Sanktionen in Erwägung gezogen werden.

²¹ Vgl. Andreas Weber / Reiner Klingholz: Demographischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin 2009. S. 5.

Bei allen länderübergreifenden Übereinstimmungen zeigt die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland doch erhebliche regionale Unterschiede. Die Politik muss insbesondere im Hinblick auf die Abwanderung aus ländlichen Räumen den Spagat zwischen Grundversorgung und autonomer regionaler Entwicklung schaffen. Dazu kann sie sich auf einen Föderalismus besinnen, der lokales Handeln stützt, ohne den Blick für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu verlieren. Die Vielfalt der Lebensverhältnisse gefährdet nicht zwingend deren Gleichwertigkeit. Erste Schritte wären mehr Kompetenzen für die Kommunen und Bürokratieabbau. Das kann eine aktive Bürgergesellschaft stärken, regionale Entwicklung fördern und letztlich die Lebensqualität heben – und somit dazu führen, dass die Chancen des demographischen Wandels genutzt werden.

Quellen

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: 1973 bis 2008. 35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BiB. Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht. Berlin 2009.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Regionale Alterung in Deutschland. Demographische Trends und Entwicklungen in den Bundesländern im Zeitraum 1991 bis 2004. Wiesbaden 2007.

Marie-Luise Glander / Iris Hoßmann: Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demographischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009.

Charlotte Höhn / Dragana Avramov / Irena Kotowka (Hg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study. European Studies of Population, Bd. 16/1 u. 2 Population Policy Acceptance Study. Berlin 2008.

Ylva Köhncke: Alt und behindert. Wie sich der demographische Wandel auf das Leben von Menschen mit Behinderung auswirkt. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009.

Steffen Kröhnert / Iris Hoßmann / Reiner Klingholz et al.: Die demographische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. München 2008.

Steffen Kröhnert / Iris Hoßmann / Reiner Klingholz: Kleine Erfolge. Auch wenn es in Deutschland 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009.

Steffen Kröhnert / Reiner Klingholz: Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2007.

Steffen Kröhnert / Franziska Medicus / Reiner Klingholz: Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. 3. Aufl., München 2007 (2006).

Walter Siebel: Chancen und Risiken des Schrumpfens und warum es so schwer ist, darüber zu diskutieren. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften 2/2009, 37. Jg., S. 219-235.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demographischer Wandel in Deutschland. Heft 1. Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden 2007.

Statistisches Bundesamt Deutschland: GENESIS-Online Datenbank, <http://www.destatis.de>.

Sabine Sütterlin / Iris Hoßmann: Ungewollt kinderlos. Was kann die moderne Medizin gegen den Kindermangel in Deutschland tun? Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2007.

Andreas Weber / Reiner Klingholz: Demographischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin 2009.

Franziska Woellert / Steffen Kröhnert / Lilli Sippel / Reiner Klingholz: Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Hgg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2009.